

Auf Nils Muiznieks lasten hohe Erwartungen

Der neue Menschenrechtskommissar soll die osteuropäischen Staaten genauer unter die Lupe nehmen

Auf Nils Muiznieks, den neuen Menschenrechtskommissar des Europarats, kommt einiges zu. Viele Parlamentarier hoffen, dass Muiznieks sich vor allem auf Staaten mit gravierenden Verletzungen der Grundrechte konzentrieren wird.

Karl-Otto Sattler, Strassburg

Von Nils Muiznieks, dem neuen Menschenrechtskommissar des Europarats, der am Montag seine Arbeit aufgenommen hat, wird viel erwartet. Muiznieks, der aus Lettland stammt, lässt weitreichende Ambitionen erkennen, wenn er für dieses schwierige Amt auch Betätigungsfelder wie den Datenschutz besonders im Internet oder den Einsatz für die Opfer der Finanzkrise erschliessen will.

Die Medien als Partner

Andererseits wird die Parlamentarische Versammlung des Europarats, die den Letten zum Nachfolger des Schweden Thomas Hammarberg gewählt hat, den 48-Jährigen daran messen, ob er wie Hammarberg eine grosse mediale Resonanz erreicht. Zudem hoffen viele Strassburger Abgeordnete, dass sich

Muiznieks auf jene Nationen vor allem im Osten Europas konzentriert, wo die gravierendsten Verstösse gegen die Grundrechte passieren, und nicht mehr wie Hammarberg querbeet auf dem Kontinent Farbtupfer setzt. In diesem Spannungsfeld muss sich Muiznieks behaupten. Jedenfalls will er im Palais de l'Europe Klartext reden. Er erklärt, er habe keine Scheu davor, deutlich Position zu beziehen.

Der Kommissar hat keine exekutiven Kompetenzen gegenüber den 47 Mitgliedsstaaten, kann aber mit Länderberichten, Besuchen am Ort und cleverer Medienpräsenz Regierungen unter Druck setzen, damit diese Verletzungen von Grundrechten beseitigen. Hammarberg wusste auf dieser Klaviatur virtuos zu spielen, wenn er etwa für rechtsstaatliche Standards beim Anti-Terror-Kampf oder im Sinne der Religionsfreiheit gegen Burkaverbote zu Felde zog. Ein Schreibtischhengst möchte Muiznieks nicht sein. Seine Devise lautet: «Persönlich Flagge zeigen, wo es brennt, etwa in Georgien.»

Die Opfer der Finanzkrise

Der Politologe, 1964 in Los Angeles als Kind lettischer Emigranten geboren, beherrscht Französisch, Russisch, Englisch und Lettisch. Er studierte in Princeton und Berkeley, war für Radio

Free Europe in München journalistisch aktiv und stieg 1993 als Chef des lettischen Menschenrechtszentrums in die Politik ein. Zeitweise amtierte er in Riga als Minister für Integration. In Strassburg lernte er als Präsident des Anti-Rassismus-Komitees beim Europarat dessen komplizierte Welt von innen kennen.

Muiznieks kritisiert, dass im Zuge der Finanzkrise vor allem Kinder, Äl-



Nils Muiznieks
Menschenrechtskommissar des Europarats

tere, Pflegebedürftige und Behinderte unter staatlichen Sparmassnahmen litten. Allerdings verfügt der Europarat nicht über die Macht, um in den Mitgliedsnationen soziale Grundrechte durchzusetzen. Gleiches gilt für den Datenschutz und die Privatsphäre, worum man sich auf europäischer Ebene bisher noch zu wenig gekümmert hat, wie er erklärt.

Muiznieks blickt besonders auf das Internet: Wenn er sich dort für die Wah-

lung von Grundrechten starkmachen will, sagt sich dies leicht. Aber Medienfreiheit und Datenschutz können in dieser Sphäre schnell in einen Gegensatz zueinander geraten. Muiznieks plant dazu einen Dialog mit Journalisten und IT-Firmen.

Unbehagen im Parlament

Besonders bei der EVP als grösster Fraktion im Parlament des Europarats herrscht Unbehagen, weil Muiznieks' Vorgänger Hammarberg keine Schwerpunkte gesetzt habe. Der Schwede habe sich allen Nationen gleichermassen gewidmet, moniert der deutsche Abgeordnete Joachim Hörster, Vizepräsident der Versammlung. Dabei existierten in Ländern wie etwa Deutschland oder Frankreich keine gravierenden Verstösse gegen die Menschenrechtscharta.

Der neue Kommissar solle sich vor allem um jene Staaten kümmern, in denen vieles im Argen liege, sagt Hörster. Als Beispiele nennt der CDU-Politiker Russland mit teilweise katastrophalen Zuständen in Gefängnissen und Grundrechtsverletzungen in Tschechien, die völkerrechtswidrige Intervention Moskaus in den georgischen Regionen Südossetien und Abchasien, politische Gefangene in Aserbeidschan oder die Türkei, wo die Religionsfreiheit nicht garantiert sei.